

Joachim Garstecki

Zwischen Zivilcourage und Kompromiss

Der Friedensbeitrag der Bausoldaten in der DDR

*Gewidmet Christfried Berger (1938 – 2003),
dem Anreger, Mutmacher und Liebhaber
des Friedens in dankbarer Erinnerung*

Zu den wenigen Hinterlassenschaften der DDR, die noch vierzig Jahre nach ihrer Erfindung durch die SED Anlass zu kritischer Würdigung geben, gehört die »Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über die Aufstellung von Baueinheiten« vom 7. September 1964. Nicht etwa, weil es sich dabei um einen Akt besonderer friedenspolitischer Weitsicht gehandelt hätte oder gar um ein Einlenken gegenüber Pazifisten. Vielmehr deshalb, weil mit dieser »Anordnung« eine in dieser Form einmalige, höchst asymmetrische Konfliktgeschichte zwischen der SED und ihrer Militärführung und jungen Wehrdienstverweigerern in der DDR begann. Die Vertreter zweier extrem entgegengesetzter Auffassungen, wie Frieden im atomaren Zeitalter an der Konfrontationslinie zwischen NATO und Warschauer Pakt zu sichern und langfristig zu gewinnen sei, stießen in diesem Konflikt hart aufeinander.

Mit den Baueinheiten schuf die DDR eine legalisierte Plattform der Widerständigkeit gegen die Ideologie militärischer Friedenssicherung mitten in der Nationalen Volksarmee (NVA). Eingerichtet als »letztes Zugeständnis der Arbeiterklasse« an Restbestände eines bürgerlichen Pazifismus in der DDR wurden die Baueinheiten für viele Wehrdienstverweigerer zu einer exemplarischen Erfahrung mit dem Versuch, Frieden zu schaffen mitten im organisierten Unfrieden, ein richtiges Leben zu führen mitten im falschen.

Die SED erfand die Baueinheiten, um das kritische Potenzial von Wehrdienstverweigerern in der DDR nach der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht im Januar 1962 ruhig zu stellen. Innerhalb von zwei Jahren – von Frühjahr 1962 bis Frühjahr 1964 – verweigerten bei den Musterungen über 1.500 Wehrpflichtige ihre Einberufung zur NVA – eine im Grunde lächerlich geringe Zahl, die jedoch die SED alarmierte und zum Handeln zwang. Der ideologische Anspruch der DDR, »erster deutscher Friedensstaat« zu sein, erforderte nach ihrer Auffassung den bewaffneten Schutz vor ihren Feinden und schloß Wehrdienstverweigerung kategorisch aus. Baueinheiten innerhalb der NVA, unter militärischer Befehlsgewalt, schienen die gerade noch tolerierbare Konzession zu sein. Viele Wehrdienstverweigerer ließen sich trotz massiver Be-

denken auf diese Regelung ein, sofern sie nicht den eindeutigeren, aber unkalkulierbaren Weg der Totalverweigerung vorzogen. Sie nahmen ihre Integration in die militärischen Strukturen der NVA in Kauf, um ihrer drohenden Kriminalisierung zu entgehen. Das »Gelöbnis«, wonach Bausoldaten der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der DDR zu dienen hatten, und ihr Einsatz beim Ausbau militärischer Infrastruktur zeigten die strukturellen Mängel dieser Lösung. Die Motive der Verweigerung waren damit nicht erledigt.

Für viele Verweigerer wurde die Bausoldaten-Regelung zum Ausgangspunkt eines im Ostblock einmaligen Experimentes: dem Versuch, innerhalb der Strukturen einer Armee gegen Logik und Praxis dieser Strukturen zu denken, zu argumentieren und zu handeln. Etwa 12.000 bis 15.000, nach anderen Berechnungen bis zu 20.000 junge Wehrpflichtige sind ab Herbst 1964 bis zum Ende der DDR 1990 zu ihrem 18-monatigen Dienst in den Baueinheiten eingezogen worden.

Die Anordnung von 1964 bildete dafür die Grundlage. Sie ermöglichte die Verweigerung des Waffendienstes, ohne den gesetzlichen Rahmen des Wehrdienstes zu verlassen. Der für beide Seiten schwierige Kompromiss zielte auf Verweigerer aus Glaubens- und Gewissensgründen. Die Baueinheiten sollten nach den Vorstellungen der SED eine Ausnahme bleiben: einerseits den Gewissensbedenken einiger weniger Rechnung tragen, andererseits keinen Deut von der grundsätzlichen Pflicht zur »Verteidigung der DDR« abrücken. Dass sie innerhalb der NVA angesiedelt und als »Wehrersatzdienst ohne Waffe« eingestuft waren, dass sie in die militärischen Planungen und die Sicherheitsdoktrin des Warschauer Paktes eingebunden blieben, war von den Betroffenen schnell als der eigentliche Pferdefuß der neuen Regelung identifiziert. Viele strebten daher einen echten zivilen Ersatzdienst außerhalb der Armee an. Damit war ein Dauerkonflikt vorgezeichnet, der die Baueinheiten in den 25 Jahren ihres Bestehens begleitet hat.

Alle diese Fakten und Umstände sind gut dokumentiert und bekannt. Der Rückblick auf die Anfänge vor 40 Jahren kann dem heute verfügbaren Wissen über die Baueinheiten in der DDR nur wenig Neues hinzufügen. Was Bausoldaten in Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten und der Militärführung an Diskriminierung, Schikane und Benachteiligung erlebt und erlitten haben, vor allem wenn sie sich ihrer militärischen Einbindung zu widersetzen suchten, wird auch nicht annähernd

durch das ungeschehen gemacht, was sich heute rückblickend als »Friedensbeitrag der Bausoldaten« – genauer: als Engagement einer Minderheit unter ihnen – beschreiben lässt. Aber mit dem zeitlichen Abstand von 40 Jahren und aus einer Perspektive, die inzwischen bereits 15 Jahre nach dem Ende der DDR einschließt, wandert das merkwürdige Phänomen »Bausoldaten« zwangsläufig aus der Ebene der erzählten Geschichte(n) aus und in die Ebene der zeitgeschichtlichen Interpretation(en) ein. Der Wehrdienst in den Baueinheiten wird zum Gegenstand gedeuteter Erfahrungen und deutender Interessen. Persönliche Erinnerung, historische Einordnung und politische Legendenbildung gehen in diesem Prozess oft unmerklich ineinander über. Verschiedene Deutungsangebote, was die Baueinheiten denn nun eigentlich gewesen sind, laufen parallel oder konkurrieren miteinander: fauler Kompromiss, Betriebsunfall der SED, Bewährungsfeld des christlichen Glaubens, Schule des Friedensdienstes oder Keimzelle der DDR-Opposition – eine Synthese ist nicht in Sicht. Welche Deutungen »Ehemalige« geltend machen, von welchen Interessen sie geleitet sind, was konsensfähig für alle ist, muss geklärt werden.

Kann es überhaupt die eine, gemeinsame Interpretation für 25 Jahre Baueinheiten geben, die die unterschiedlichen Erfahrungen der Betroffenen, die Situationen an verschiedenen Standorten und in wechselnden Einsatzbereichen, die Auswirkungen der jeweiligen Weltlage und die politischen Veränderungen in der DDR zu einem einzigen Bild zusammenfügt?

■ Viele Gründe führten in die Baueinheiten

Die Deutung des Bausoldatendienstes als »Friedensbeitrag« ist unter den gegebenen Bedingungen alles andere als selbstverständlich. Sie kommt aus der wissenden Rückschau, und sie enthält einen programmatischen Unterton. »Friedensbeitrag« unterstellt eine Zielsicherheit des Handelns, die die gesellschaftliche Ausgangssituation der Wehrdienstverweigerung in der DDR ab 1962 nur bedingt widerspiegelt. Die Adressaten der Bausoldaten-Anordnung von 1964 waren Wehrpflichtige, »die aus religiösen Anschauungen oder ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen« (Artikel 4 der Anordnung).

Das war eine extrem unscharfe Definition mit offenen Rändern – was waren »ähnliche Gründe«? Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass sie in einem breiten anti-militaristischen Konsens in der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu suchen waren. Der Zweite Weltkrieg mit seinen Millionen getöteter Soldaten und unschuldiger Opfer in der Zivilbevölkerung, die Zerstörung deutscher Städte im Bombenkrieg, die Entbehrenungen der unmittelbaren Nachkriegszeit waren im Bewusstsein der

meisten Menschen noch gegenwärtig. Etliche der damals gut Zwanzigjährigen hatten die Kriegserfahrungen ihrer eigenen Väter vor Augen; ihre Entscheidung für die Wehrdienstverweigerung resultierte auch aus der Auseinandersetzung mit der Väter-Rolle im Krieg. Dass keine zwanzig Jahre danach junge Männer schon wieder zur Wehrpflicht in einer Armee gerufen wurden, stellte für viele eine unerträgliche Missachtung jüngerer Lehren der Geschichte dar, gegen die sie opponierten.

Die Erinnerung an die Schrecken des zurückliegenden Krieges wurde überlagert und verstärkt durch die Angst vor einem neuen Krieg. Der politisch-ideologische Gegensatz zwischen Ost und West, das gegenseitige Wettrüsten und die ständige Gefahr einer militärischen Konfrontation mit Massenvernichtungsmitteln zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion beherrschten die Tagespolitik. Jeder konnte erkennen, wie instabil das »Gleichgewicht des Schreckens« war und wie brüchig ein Frieden, der lediglich auf dem Schweigen der Waffen beruhte. Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 musste als Zementierung der Block-Konfrontation auf unabsehbare Zeit verstanden werden; die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht Anfang 1962 war die unheilvolle Konsequenz. Nicht auszuschließen war, dass in einer künftigen militärischen Auseinandersetzung Deutsche auf Deutsche würden schießen müssen.

Obwohl die SED sich unablässig bemühte, die Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes der DDR aus ihrem antifaschistischen Selbst-Anspruch und dem »aggressiven Imperialismus« des Westens zu begründen, konnte sie ihr Legitimations-Defizit als »Friedensmacht« nie ganz abbauen. Die Wehrdienstverweigerer, ob als spätere Bausoldaten, ob als Totalverweigerer, waren gegen die Rhetorik »Der Frieden muss bewaffnet sein« resistent. Viele argumentierten politisch gegen ihre Einberufung zur NVA. Sie wollten ihre Beteiligung an der Sicherung des Friedens zwischen den Blöcken nicht auf das Militärische beschränkt sehen, wollten »Frieden schaffen ohne Waffen«. Der Widerspruch zwischen nach außen erklärter Friedensliebe der DDR und der Militarisierung der Gesellschaft im Innern war ein wichtiger Verweigerungsgrund. Ideologie und Praxis des bewaffneten Friedens wurden von vielen mit pazifistischen Argumenten grundsätzlich in Frage gestellt.

Auf ganz andere Weise taten das auch jene Verweigerer, die auf Grund einer bewussten persönlichen Entscheidung ihres christlichen Glaubens den Wehrdienst ablehnten und dies mit dem biblischen Tötungsverbot und der Ablehnung eines Fahneneides, der absoluten Gehorsam erfordert, begründeten. Die Verweigerer aus Glaubensgründen bildeten bei den Musterungen zwischen 1962 und 1964 die mit Abstand größte Gruppe. An der Authentizität ihrer Motive ist nicht zu zweifeln; sie

argumentierten gleichsam »ohne Netz« allein aus der Bindung an ihr christliches Bekenntnis. Sie konnten zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen, wie die SED, gedrängt von den evangelischen Kirchen, auf das Problem Wehrdienstverweigerung reagieren würde. Der ausdrückliche Bezug der Anordnung von 1964 auf »religiöse Anschauungen« war die direkte Antwort auf dieses Begründungsmuster. Die SED musste persönliche Gewissensentscheidungen widerwillig als eine politische Realität akzeptieren.

Glaubensüberzeugungen, historische Erfahrungen und politische Argumente bildeten ein sich oft gegenseitig durchdringendes Motivationsgeflecht, eine Art geistig-geistliches Rüstzeug, mit dem Bausoldaten ab November 1964 ihren Dienst in der NVA begannen. Der potenzielle Missbrauch religiöser Begründungsmuster für ganz andere Verweigerungs-Motive war dabei nie völlig ausgeschlossen. Schließlich waren die Baueinheiten der einzige Ort in der DDR-Gesellschaft, wo abweichendes Verhalten in einem eng begrenzten, staatlich legitimierten Rahmen möglich war. Offen wie ein Scheunentor lud die Bausoldaten-Anordnung dazu ein, »religiöse Anschauungen« oder ähnliche Gründe zu bemühen, tatsächlich jedoch ganz anderes zu meinen. Von grundsätzlicher Ablehnung des »Unrechtsstaats DDR über selektive Waffenverweigerung oder »Null-Bock-auf-Armee«-Haltung bis hin zur Beschleunigung des eigenen Ausreise-Antrags konnten viele Gründe in die Baueinheiten führen; man musste sie nur richtig kaschieren. Die Politik der SED hatte solche Reaktionen selbst erzeugt; letztlich waren sie Ausdruck des erfinderischen Umgangs mit einer Möglichkeit, sich dem ungeliebten System DDR zu entziehen, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bot. So waren die Baueinheiten immer auch ein Ventil für oppositionelles Verhalten gegen den Machtanspruch der SED. Eine ganz andere Frage ist, wie belastbar solche Motive waren und ob sie sich später als tragfähig genug erwiesen, dem Druck der permanenten Diskriminierung, der täglichen Schikanen bis hin zur Unterwanderung durch Stasi-Spitzel standzuhalten.

■ Das »Dilemma der Bausoldaten«

Zivilcourage ist der »Mut des Einzelnen, der sich in einer Minderheitensituation befindet« (Wolfgang Heuer). In einem diktatorischen System führt couragiertes Verhalten schnell zu widerständigem Verhalten. Zivilcourage und Widerständigkeit gegen die herrschenden Erwartungen war nötig, um sich als Wehrdienstverweigerer zu outen, der Agitation des NVA-Personals für den Waffendienst zu widerstehen und die Musterung am Ende als Bausoldat zu verlassen. Später, eingerückt in ihre Einheit, waren die Bausoldaten mit der Schwierigkeit konfrontiert, die Eindeutigkeit ihres »Nein« in der

Zweideutigkeit des eingegangenen Kompromisses durchzuhalten. War der Unterschied zwischen der Arbeit an einem Militärflugplatz und der Ausbildung an einem Gewehr wirklich so erheblich? Die Zivilcourage des Anfangs konnte in bohrenden Zweifeln an der Sinnhaftigkeit des »faulen Kompromisses« zerrieben werden bis zur Unkenntlichkeit. Auch die verbreitete Annahme, eine aus christlichem Glauben getroffene Entscheidung gegen den Waffendienst führe gleichsam wie von selbst in einen aktiven Einsatz für einen zivilen Friedensdienst, erwies sich als falsch. Die meisten Christen unter den Bausoldaten wollten ihren Glauben leben können, suchten Schutzräume zur geistlichen Vergewisserung und zu ihrer gegenseitigen Stabilisierung, nicht aber Handlungsmöglichkeiten für ein gesellschaftlich wirksames Friedenszeugnis. Eine Analyse des DDR-Kirchenbundes aus dem Jahr 1974 spricht von einem »Dilemma der Bausoldaten«, vorrangig zum Einsatz an militärischen Objekten herangezogen zu werden, obwohl die Anordnung auch zivile Einsatzmöglichkeiten vorsehe. Die Analyse kommt zu dem Schluss, der größere Teil der Bausoldaten sei »nach wie vor nicht in der Lage, über die einmal getroffene Entscheidung hinaus Anregungen und weiterführende Impulse aufzunehmen und für Gesellschaft und Kirche fruchtbar zu machen. Mangelnde Motivierung, fehlende Betreuung durch die Gemeinden und andere psychologische Faktoren (Anpassung) führten zu Gleichgültigkeit, Resignation und dem Bestreben, die 18 Monate möglichst konfliktlos zu überstehen« (*Entwicklungstendenzen in der Bausoldaten-Frage, 1974*).

Diese ernüchternde Einschätzung zeigt, dass die Voraussetzungen für ein wie auch immer geartetes Friedensengagement der Bausoldaten alles andere als günstig waren. Hierin liegt auch ein Schlüssel für das Verständnis des Zusammenhangs von Zivilcourage, Kompromiss und Friedenshandeln. Die Verweigerung des Wehrdienstes war ein öffentlicher Akt von Widerständigkeit, mit dem der Weg in die Baueinheiten begann, mit dem er aber allein nicht zu bestehen war. Zivilcourage musste sich vielmehr bewähren als immer wieder neues Standhalten im Kompromiss. Die Ablehnung des Gelöbnistextes und die Verweigerung des Einsatzes an militärischen Objekten war zivilcouragiertes Handeln mit hohem persönlichen Risiko.

Es musste aber noch etwas anderes hinzukommen: Das »Nein« der Verweigerung musste in ein »Ja« zu sinnvoller Aktivität für den Frieden übersetzt werden, wenn es überleben sollte. Längst nicht alle Bausoldaten waren in der Lage, den schlechten Kompromiss der Baueinheiten durch produktive Anpassung in einen für sie selbst vertretbaren, fruchtbaren Kompromiss umzuwandeln. Nur wenige lernten, ihre Zeit als Bausoldaten allen Einschränkungen zum Trotz als Lern- und Übungsfeld für eigenes Friedenshandeln und als

Friedensbeitrag für die Gesellschaft zu verstehen – der »Aufruf an alle Christen« der Prenzlauer Bausoldaten von 1966 ist dafür ein Beispiel.

Der Kirchenbund-Text von 1974 nennt eine etwa 20 Prozent starke Gruppe, die versucht habe, »stärker die Chancen auszuschöpfen, die mit den B[au]E[inheiten] gegeben sind, anstatt nur auf echten zivilen Ersatzdienst zu drängen... Das biblisch-christlich motivierte Anliegen wurde stärker gesellschaftsbezogen interpretiert«.

Diese Versuche blieben nicht folgenlos. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die fruchtbarsten und nachhaltigsten Impulse für gewaltfreie Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung in der DDR seit Ende der sechziger Jahre aus den Baueinheiten der NVA kamen und auf dem Weg über die evangelischen Kirchen langsam in die Gesellschaft einsickerten. Das war das Verdienst einer kleinen »Minderheit in der Minderheit«, für die Bausoldatsein ein ärgerlicher Stachel im Fleisch blieb. Sie nahmen den eingegangenen Kompromiss als Chance für die Arbeit an weiterreichenden Ideen und Projekten wahr, mit denen sie versuchten, den mangelnden zivilen Charakter ihres Dienstes zu kompensieren. Der vergleichsweise große Einfluss, der von Bausoldaten auf die Friedensbewegung in der DDR ausging, hat hierin seine Wurzeln. Konzepte zur Friedenserziehung, die Initiative »Sozialer Friedensdienst« (SOFD), regionale Friedensdienst-Aktivitäten, das Bausoldaten-Netzwerk des Evangelischen Jungmännerwerkes, die Bildung von festen Friedenskreisen in Kirchengemeinden, die Friedensseminare von Königswalde und Meißen, die Idee der Friedensdekade ab 1980 mit ihren dezidiert gewaltkritischen Themen sind von aktiven oder ehemaligen Bausoldaten inspiriert oder direkt durch sie angestoßen worden. Sie verbreiteten Gedanken aktiver Gewaltfreiheit und friedlicher Streitbeilegung in den Kirchen und weiter in die DDR-Gesellschaft. Das »Memorandum zur Gründung eines christlichen Friedensinstituts«, entstanden im ersten Bausoldaten-Durchgang 1966 unter der Federführung von Christfried Berger und Paul Plume, hat 1969 zur Einrichtung des Studienreferates Friedensfragen im DDR-Kirchenbund geführt. In zwanzigjähriger Tätigkeit hat diese Stelle Impulse für die Friedensbewegung in der DDR gegeben, die bis heute nachwirken.

▲ ... aktueller denn je!

Die Baueinheiten wurden möglich, weil Menschen in der DDR damit begonnen hatten, die Praxis des bewaffneten Friedens infrage zu stellen und sich öffentlich von ihr zu verabschieden. Der aufmerksame Rückblick zeigt jedoch, dass der Friedensbegriff, der der Verweigerung zugrunde lag, oft breiter und vielschichtiger war als das bloße »Nein« zum Waffengebrauch. Für viele Bausoldaten waren Waffen manifester Ausdruck von Gewaltver-

hältnissen, die ursächlich in verweigerter Gerechtigkeit, mangelnder Partizipation, dem Fehlen demokratischer Rechte und dem Machtanspruch einer einzigen Partei begründet waren. Ihre Verweigerung war immer auch Kritik an und Aufbruch aus diesen Gewaltverhältnissen. Es musste darum gehen, die Ursachen der Gewalt aufzudecken, statt nur ihre Symptome zu bekämpfen.

Schon 1918 hatte der Pazifist Alfred Hermann Fried die Verengung des Pazifismus auf die Waffenfrage kritisiert und die Rückkehr zu einen »ursächlichen Pazifismus« gefordert, der sich mit den Konstitutionsbedingungen einer wirklichen Friedensordnung befasst. Der Friedensforscher Dieter Senghaas kritisierte in den neunziger Jahren einen »antimilitaristisch bornierten Pazifismus«, der Gefahr läuft, den Kontakt zu seinen eigenen positiven Zielsetzungen zu verlieren.

Für die Totalverweigerer und Bausoldaten war das »Nein« zum Waffengebrauch der Ernstfall, gewissermaßen das Nadelöhr, »die enge Pforte« (*Matthäus-Evangelium, Kapitel 7, Vers 13*), durch die man hindurch musste, wenn ein inhaltlich qualifizierter, positiver Friedensbeitrag glaubwürdig sein und überhaupt Chancen auf Realisierung haben sollte.

Andere Verweigerer konzentrierten ihre Aufmerksamkeit stärker auf die konstitutiven Bedingungen des Friedens wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Gewaltkontrolle und demokratische Beteiligung, und zwangsläufig auf die völlige Abwesenheit dieser demokratischen Standards in der DDR. Darin lag eine wichtige Erweiterung der Perspektive. Das »Nein« zu Waffengebrauch wurde ergänzt durch eine positive Imagination vom Frieden. Der Spaten war eben nicht nur das Gegenstück zum Gewehr, sondern ein programmatischer Hinweis auf erst noch zu schaffende Verhältnisse, die Gerechtigkeit, umfassende Kommunikation, konstruktive Konfliktkultur und Teilhabe aller an den politischen Entscheidungen einschließen.

In diesem erweiterten Horizont bildeten Selbstbehauptung, Zivilcourage, Verweigerung, Widerständigkeit und offene Systemkritik einen zivilgesellschaftlichen Verhaltenszusammenhang. Er spiegelt die Breite und Vielfalt, aber auch die inneren Spannungen und Konflikte in der Gewaltkritik von Bausoldaten wider.

Viele sehen denn auch zwischen ihrem Eintreten für gewaltfreie Konfliktlösungen, den Aufbrüchen der DDR-Bürgerbewegung und der demokratischen Wende des Herbst 1989 einen direkten Zusammenhang. Die gewaltkritischen Impulse der Friedensbewegung und die systemkritischen Impulse von Bürgerrechtlern fanden in der sich formierenden Bürgerbewegung der DDR ab Mitte der achtziger Jahre zusammen. Ehemalige Bausoldaten hatten daran ihre unbestreitbaren Anteile.

Diese Integrationsleistung wird nicht dadurch gewürdigt, dass man den Bausoldaten, wie es gele-

gentlich geschieht, nachträglich die Rolle eines Zubringers für die spätere »DDR-Opposition« an bietet. Das haben sie gar nicht nötig, denn im Rahmen eines wie auch immer definierten Oppositionsbegriffs wäre ihre Bedeutung viel zu gering veranschlagt. Die DDR ist Geschichte, die DDR-Opposition auch, die gewaltkritischen Anliegen der ehemaligen Bausoldaten dagegen sind heute aktueller denn je.

Das »Nein« zum Waffengebrauch und das Einklagen der konstitutiven Bedingungen des Friedens, die Koexistenz von Negation und Position, stellen den Friedensbeitrag der Bausoldaten mitten hinein in das zivilisatorische Projekt der Überwindung von Gewalt. Danach ist Frieden ein gewaltfreier politischer Prozess, der mit zivilen Mechanismen und Instrumenten dazu beiträgt, Gewalt zu verhüten oder zu minimieren. Wie notwendig eine klugvorausschauende Konfliktprävention ist, wird an der Wiederkehr des Krieges nach dem Epochenbruch von 1989/90 deutlich. Privatisierte Gewalt in Bürgerkriegen und regionalen Konflikten nimmt ebenso zu wie der ungenierte Einsatz militärischer Mittel zum Erreichen beliebiger politischer oder ökonomischer Ziele. Die Großmacht-Kriege Russlands und der USA in Tschetschenien und Irak, aber auch die erschreckend große Zahl »vergessener Kriege« in Afrika sind traurige Belege für die Renaissance der Gewalt.

Der Ende Juli verstorbene Theologe und Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann verknüpft die mittel- und osteuropäischen Revolutionen von 1989 in einem seiner letzten Texte mit der Beobachtung, »dass Frieden nicht primär eine politische oder lediglich völkerrechtliche Kategorie ist, sondern eine spirituelle im Sinne der Atlantikcharta von 1941 als vollkommen neue Haltung gegenüber Gewalt und Gewaltgebrauch«.

In eine so ehrgeizige und weit reichende Perspektive lassen sich die Baueinheiten von ihrem Ursprung her nicht einordnen; sie erscheinen lediglich deutlicher als das, was sie für die SED waren: ein halbherziges Zugeständnis. Und natürlich sind sie ein Symptom dafür, dass das System des Ost-West-Abschreckungsfriedens als Ganzes vor der historischen Aufgabe der Gewaltüberwindung versagt hat. Die Datierung der Anordnung vom 7. September 1964 macht denn auch beklemmende Kontinuitäten mit der unheilvollen Kriegstradition Europas im 20. Jahrhundert sichtbar.

Im September 1964 lag der Beginn des Ersten Weltkrieges 50 Jahre, der des Zweiten Weltkrieges genau 25 Jahre zurück. Die fatale Symbolik dieser Jahrestage muss den SED-Verantwortlichen damals entgangen sein, oder sie war ihnen egal. Aber genau 25 Jahre später, im Oktober 1989, begleitet der Ruf »Keine Gewalt!« die Demonstrationen, die die Wende in der DDR einleiteten. Ihr Gelingen, der emanzipatorische Aufbruch, war an die Voraussetzung geknüpft, Gewaltanwendung um jeden

Preis zu vermeiden, und auf rätselhafte Weise ist diese Strategie aufgegangen, ohne jemals eingeebnet worden zu sein. Vom damaligen Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Horst Sindermann, wird berichtet, er habe später auf die Frage, was zum Erfolg der Wende geführt habe, geantwortet, die Gewaltlosigkeit der Demonstranten habe die SED hilflos gemacht. Sie sei auf alles vorbereitet gewesen, nur nicht darauf.

Diese Aussage bestätigt noch einmal die Blindheit der DDR für die epochale Bedeutung der Gewaltfrage und ihre Unfähigkeit, darauf angemessen zu antworten. Sie zeigt umgekehrt, dass das Eintreten der evangelischen Kirchen in der DDR 1965 für die Wehrdienstverweigerer, Totalverweigerer und Bausoldaten – allen anschließenden Konflikten zum Trotz – als ein Zeugnis der mutigen Parteinahme für die Verweigerer und ein Akt politischer Weitsicht gewertet werden muss, der in den Kirchen weit und breit seinesgleichen sucht. Die evangelischen Kirchen sahen die Totalverweigerer und Bausoldaten als »Vorhut einer noch fernen Epoche« (*Schröter, Theologische Existenz 120, zit. in »Zum Friedensdienst der Kirche. Eine Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen«, 1965*), die SED sah in ihnen fehlgeleitete Bürger, »die den Waffendienst noch nicht als Friedensdienst erkennen« (*Brief Admiral Waldemar Verner an Bischof Dr. Werner Krusche vom 11. Juni 1970*). Genau auf diesem schmalen Grat zwischen dem »Noch nicht« Verners und dem »Heute schon« der Kirchen mussten die Bausoldaten balancieren. Carl Friedrich von Weizsäcker nannte das in seiner berühmten Frankfurter Friedenspreisrede von 1963 zutreffend »ein unsicheres Verhalten des Übergangs«.

Was waren die Bausoldaten? Angefochtene Menschen in einer spannungsgeladenen politischen Lage, eingebunden in einen ungeliebten Staat, empfindlich gegen Gewalt, im Konflikt mit ihrem Gewissen, für Frieden engagiert mitten im organisierten Unfrieden, unter ihnen Christen, die auf die biblische Zusage »Selig sind die Friedensstifter« (*Matthäus-Evangelium, Kapitel 5, Vers 9*) mehr vertrauten als auf militärische Sicherheit.

Was waren die Bausoldaten? Ein Experiment, die Notwendigkeiten von morgen schon heute zu erkennen und einzuüben; ein Versuch, die Chancen einer kleinen Minderheit für die Mehrheit auszuprobieren, eine Einladung, das Naheliegende zu tun in der verfügbaren Zeit, mit der Möglichkeit des Gelingens wie des Scheiterns. Eine Erfahrung, für die wir dankbar sein dürfen.

Joachim Garstecki, katholischer Theologe, war bis 1990 Friedensreferent beim Bund der evang. Kirchen in der DDR. Danach war er bis 2000 Generalsekretär von Pax Christi und ist jetzt geschäftsführender Studienleiter der Stiftung Adam von Trott. Der Beitrag ist der Vortragstext beim Bausoldatenkongress am 3. September 2004 in Potsdam. 